Kopie aus dem Bundesarchiv

IX

Hermes Zeitungsausschnittbüro
Bonn, Weberstr. 92 · Telefon 37203
25. Juli 1972
Frankenpost
die größte Zeitung in Oberfranken
überparteilich - unabhängig
Druckauflage: Werktags über 69 000, samstags über 76 000 Exempl.

1902

Neue deutsche Anarchistenbande will den Baader-Meinhof-Terror fortsetzen

„Noch zielstrebigeres" Vorgehen gegen die Gesellschaft angekündigt / Bombenanschlag auf türkische Botschaft in Bonn und Überfälle auf Bundeswehr geplant / Sechs schon verhaftet

KOBLENZ. — Die bis auf einen kleinen Rest zerschlagene Baader-Meinhof-Bande hat in der Bundesrepublik eine Nachfolge-Organisation gefunden. Es ist die „Bewegung 2. Juni", die sich zur Aufgabe gemacht hat, die Verbrechen der inzwischen verhafteten linksradikalen Terroristen Andreas Baader und Ulrike Meinhof sowie ihrer Komplizen fortzusetzen. Dabei will die neue Bande, wie einige ihrer ebenfalls verhafteten Mitglieder in der Untersuchungshaft in Koblenz bekannten, „noch zielstrebiger" als ihre Vorbilder mit Gewalt vorgehen, um das „derzeitige Gesellschaftssystem in Westdeutschland" zu stürzen. Neben Banküberfällen war unter anderem geplant, die türkische Botschaft in Bonn in die Luft zu sprengen und Überfälle auf Waffenlager der Bundeswehr zu verüben.

Die vier jungen Leute, die am Wochenende mit einer geplanten Entführung von Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher in Verbindung gebracht worden waren, haben nach Ansicht der Staatsanwaltschaft „mehr auf dem Kerbholz" als bisher vermutet. Wer mit Sprengsätzen und Einbruchswerkzeugen in die Bundesrepublik einreise, habe bestimmte Pläne und denke nicht an einen Ausflug, erklärte der Koblenzer Oberstaatsanwalt Heribert Braun am Montag. Die anarchistische „Bewegung 2. Juni" habe nach einer Reihe von Straftaten zuletzt einen Anschlag auf die türkische Botschaft in Bonn geplant.

Am 7. Mai waren bei einer Routinekontrolle die drei Studenten Ulrich Schmücker (20), Harald Sommerfeld (23) und Wolfgang Knupe (24) sowie die 28 Jahre alte Kindergärtnerin Inge Viett festgenommen worden. Im Kofferraum ihres Autos hatten die Beamten Sprengsätze und Einbruchsgerät entdeckt. Die Ermittlungen laufen unter dem Vorwurf mehrerer Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz und Vorbereitung zu Sprengstoffverbrechen.

Oberstaatsanwalt Braun teilte ergänzend mit, die vier hätten für den Fall der Festnahme eines Gruppenmitglieds vereinbart, durch die Entführung einer Persönlichkeit aus Politik, Wirtschaft oder Presse die Freilassung ihres Komplizen zu erzwingen. Schmücker und Sommerfeld haben nach Darstellung der Koblenzer Ermittlungsbehörden bisher Banküberfälle, einige vom Staatsanwalt nicht näher feststellbare Verbrechen in Berlin sowie den geplanten Anschlag auf die türkische Botschaft gestanden.

Die neue Bande unterhielt Informationen des Hamburger Springer-Verlags zufolge Verbindungen hauptsächlich zu Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Carmen Croll, die inzwischen alle verhaftet worden sind. Vertreter beider Terrororganisationen trafen sich mehrere Male im Berliner Grunewald. Dabei kam es nach Geständnissen der in Koblenz inhaftierten Studenten wiederholt zu Auseinandersetzungen. Die „Bewegung 2. Juni" warf der Baader-Bande vor, ihre Leute seien nur noch auf der Flucht. Baader erwiderte, die neuen Genossen hätten „eine große Schnauze". Sie seien „nur dem Gerede nach Radikalisten".

Zu der neuen anarchistischen Organisation gehören schätzungsweise 25 Personen. Jeweils vier bis sieben Terroristen bilden eine Gruppe. Eine davon soll nur aus Mädchen bestehen, nach denen die Polizei noch fahndet. Die vier festgenommenen und in die Koblenzer Untersuchungsanstalt eingelieferten Anarchisten Schmücker, Sommerfeld, Knupe und Inge Viett hatten noch vor wenigen Tagen Besuch bekommen. Ihre Komplizin Verena Becker, die am Wochenende in Berlin ebenfalls verhaftet worden ist, hatte in der Sprechzelle ahnungslos gesagt: „Kopf hoch, Genossen, die Bullen wissen nichts. Wir halten alle dicht!" Aber die Polizei war bereits im Bilde. Neben Verena Becker verhaftete sie, wie berichtet, in Berlin den 27 Jahre alten Diplom-Psychologen Siegfried Mahn unter dem dringenden Verdacht, an mehreren Sprengstoffanschlägen beteiligt gewesen zu sein.

Wie die Ermittlungen der Abteilung I der Berliner politischen Polizei ergaben, wollte die „Bewegung 2. Juni" überall im Bundesgebiet Stützpunkte errichten und die Umsturzpläne der Baader-Meinhof-Bande vollenden. In Hannover, der Heimatstadt Sommerfelds, sollte erst einmal das „große Geld" gemacht werden: zu diesem Zweck suchte man vor kurzem Banken für einen Überfall aus. Unter dem Vorwand, man brauche Einwickelpapier für Münzen, besichtigten die Terroristen insgesamt neun Geldinstitute. Zwei davon wurden in die nähere Auswahl gezogen. Die Bande wollte nach bisher vorliegenden Informationen außerdem Waffenlager der Bundeswehr und das Einwohnermeldeamt Lüneburg überfallen und Blanko-Personalausweise, Reisepässe sowie Dienstsiegel stehlen.

Kopie aus dem Bundesarchiv

"BILD AM SONNTAG"
Nr. 33 vom 1.9.74

Wir wollen Haß säen

nerhalb von einer Woche in die Hände der Meinhof gelangt.

An dem Kassiber befand sich noch ein Aufdruck des Anwaltsbüros, das den Brief weiter befördert hatte. Die Kripo hatte den Beweis, daß hier die „Verteidigerpost", die von der Jusitz nicht zensiert werden darf, mißbraucht worden war.

Auf dem Briefbogen standen geheimnisvolle Namen. In Großbuchstaben hatte die Absenderin die Wörter QUIQUEG und BILDAD hingemalt.

Der Text, der den Entschlüsselungsbeamten die meiste Mühe bereitete, hieß wörtlich: **„Namen: Elvis, in Großmut, also BILDAD, cabora — zimmermann, pip bleibt pip, husar-QUIQUEG, Schnauze — Smutje (wenn du noch weißt: der Koch hält die Pfannen spiegelblank und predigt gegen die Haie.)"**

Wie wird der Absender, die Ensslin, auf diese Namen gekommen sein? fragten sich die Beamten.

Einer erinnerte sich daran, gelesen zu haben, daß sie früher Germanistikstudien getrieben hatte, ehe sie daranging, Kaufhäuser in Brand zu stecken. Aus den Polizeiakten entnahm er ferner, daß sie als Primanerin von ihrem Vater, einem Pfarrer in Stuttgart-Bad Cannstatt, mit der evangelischen Kirchenjugend nach Amerika geschickt worden war. Einige Monate hatte sie dort im Haus einer strenggläubigen Methodistenfamilie gelebt.

Der Beamte kam auf die Idee, Literaturkenner anzurufen. Er sagte ihnen die Schlüsselworte — und einige andere, aus weiteren Kassibern hinzugekommene geheimnisvolle Codenamen: Ahab beispielsweise.

Decknamen aus Moby Dick

Die „Bücherwürmer" sagten ihm auf Anhieb das Schlüsselwort, zu dem alle Bezeichnungen paßten: **„Moby Dick"**.

Aus „Moby Dick", dem berühmten Roman des amerikanischen Erzählers Hermann Melville, hatte Gudrun Ensslin die neuesten Decknamen für die Bande gepickt.

Darüber hinaus hatte sie in der Zelle einen neuen Zahlenschlüssel zur Doppeltarnung erfunden.

Diese Zahlen deckten sich mit den Angaben in einem Rundbrief des Hamburger Rechtsanwaltes Kurt Groenewold vom 11. 7. 73 (Baader-Mat. Pos. 47/1—4 u. a.), der in Baaders Zelle beschlagnahmt wurde. So heißt es dort auf Seite 1 unter Ziffer 4:

„anbei: 1. Verbindliche Numerierung der Gef., bitte bei Diskuss. papieren verwenden also 10./11. 7. 73. . ."

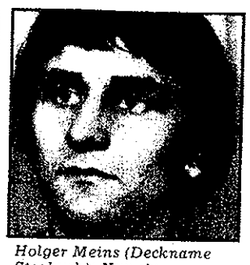
Und das sind die Decknamen und Zahlen der einzelnen Bandenmitglieder, hier auszugsweise veröffentlicht:

● Theres — Nummer 24 — Ulrike Meinhof, Zimmermann — 2 — Raspe, Quiqueg — 23 — Gerhard Müller, Starbuck — 15 — Holger Meins, Pip — 8 — Grashof, Bildad — 6 — Mahler, Smutje — 3 — Ensslin und Ahab — 12 — Andreas Baader!

Andreas Baader (Deckname Ahab) — hier ein Verhaftungsfoto: Nach wie vor Gudruns Liebling

Gudrun Ensslin suchte die Tarnnamen aus

Jan-Carl Raspe (Deckname Zimmermann): Anweisungen per Rundbrief



Holger Meins (Deckname Starbuck): Nur ein Kassiber entdeckt

Rechtsanwalt Mahler (Deckname Bildad): Von der Bande als zu lasch kritisiert

Irmgard Möller (Deckname Molle): Geheimpost kam unverschlüsselt

Gerhard Müller (Deckname Quiqueg): Schweigen befohlen

Bernhard Braun (Deckname Meister): Beweismaterial in der Zelle beschlagnahmt

Die Wahl der Decknamen offenbarte den Kripopsychologen eine neue Rangliste der Bandenmitglieder.

Die Star-Rolle des Romans, den sagenhaften Kapitän Ahab, jene finster-gigantische Gestalt, die das Buch beherrscht und Schreckensgewalt ausstrahlt — diese Rolle übertrug Gudrun Ensslin Andreas Baader, ihrem Liebling aus den Tagen, an denen beide sengend und mordend durch die Bundesrepublik zogen.

Die Ensslin muß sich in eine geradezu sagenhafte Heldenanbetung des Geliebten gesteigert haben; denn sie verglich den feigen, hinterlistigen Baader mit Ahab, von dem es im Roman heißt:

„Sie (seine Leute) wußten nicht genau, ob er ein Mensch war wie andere Menschen oder nur der zitternde Schatten, den ein unsichtbares Wesen aufs Deck warf."

Aus anderen Kassibern geht übrigens hervor, daß die Gruppe Meinhof/Baader/Ensslin den ehemaligen Rechtsanwalt Mahler inzwischen als lasch und unfähig einstuft, weil er sich nicht konsequent weiter zur Gewaltanwendung durchringen möchte. Weil er einen Hungerstreik der drei als „Ohmachtsstrategie" verriß und weil bislang noch kein echter Ausbruchsversuch unternommen wurde.

Prominente erpressen!

Ulrike Meinhof wirft Mahler schließlich vor, er sei ihr und ihren Freunden bei der Vorbereitung einer „Folter-Kampagne" in den Rücken gefallen.

Die Kassiber beweisen, daß Gudrun Ensslin mit Hilfe ihrer Anwälte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens mobilisieren wollte, um Prominente („Böll, Sölle, Scharf, Mitscherlich, Niemöller, Gollwitzer, Flechtheim, Schallück, Brentano, Kipphardt, Peter Stein und die Organisation Amnesty International") zu Aktionen zugunsten der Baader-Meinhof-Leute aufzuwiegeln. Ihr schwebte vor, daß die Anwälte Strafanzeigen wegen Folterns gegen „Posser/Knoblich'-BA"/(Bundesanwaltschaft) erstatten und dann zu „Böll, Sölle, usw." gehen sollten und „DIE auffordern, die Anzeige mit zu unterschreiben".

„Wenn sie es aber nicht tun", fügte die Ensslin hinzu — „kann man sie aber damit erpressen, sich was anderes einfallen zu lassen . . .z. B. so was wie Böll im Spiegel."

(Der Schriftsteller Böll hat zweimal — einmal mit einem Artikel und dann mit einem im SPIEGEL vorabgedruckten vierteiligen Essay — versucht, Stimmung gegen Baader-Meinhof-Gegner zu machen.)

Woran aber dachte die Ensslin, als sie die Worte „damit" erpressen (dick unterstrichen) schrieb?

Was Kassiber verraten

„Wir haben nix zu beweisen, sondern zum Ausdruck zu bringen, den 24-Stunden-Tag auf den Begriff Haß bringen", schrieb sie in einem Befehl an die Genossen.

Die beschlagnahmten 49 wichtigsten Kassiber stammen in 17 Fällen von der Ensslin, 6 sind von Ulrike Meinhof, vier von Mahler, die übrigen von Baader (1), Meins (1), Raspe (1), Grashof (2), Müller (3) und der Roten Hilfe (3) sowie 11 von noch nicht ermittelten Bandenmitgliedern.

Wie ein roter Faden zieht sich durch das gesamte Material die Absicht der Bande, „ihre verfassungsfeindlichen Ziele mit den Mitteln kriminellen Unrechts und bewaffneter Gewalt weiter zu verfolgen", erklärt das Bundeskriminalamt in seinem „Auswertungsbericht".

Die Ensslin erwies sich dabei unfreiwillig als geschwätzigste Informantin der Kripo. In der letzten ihrer 17 entdeckten Anweisungen forderte sie die Umwandlung der Rote-Hilfe-Organisationen in radikale Umsturzgruppen:

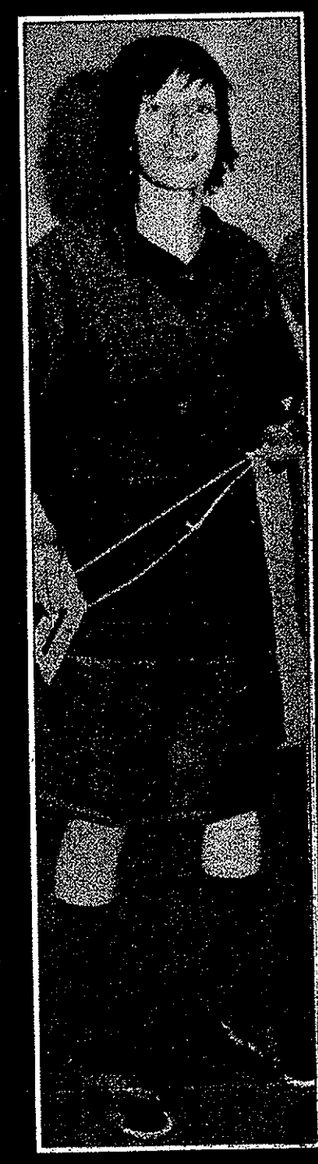
„Es handelt sich darum, daß wir mehr werden . . . einige 1000 in jeder Stadt, die nichts zu verlieren haben . . ."

Kopie aus dem Bundesarchiv

"BILD AM SONNTAG"
Nr. 33 vom 1.9.74

49 Kassiber und 52 Rundbriefe sind bei einer Blitzaktion in den Zellen der Baader-Meinhof-Bande entdeckt worden. Gegen sechs Anwälte laufen inzwischen Ermittlungsverfahren. In einem der 49 Kassiber ermahnte Gudrun Ensslin die Genossen draußen:

Unsere Aufgabe ist Haß zu säen



Ulrike Meinhof (Deckname Theres), in der Zelle große Aktionen geplant

Gudrun Ensslin (Deckname Smutje), Empfehlung im Kassiber: „Man kann die Leute erpressen."

Das Zeremoniell war immer gleich, bevor der Häftling einen Besucher sprechen durfte: Hemd aus, Hosen runter — mit dem Gesicht zur Wand!

Ein Beamter filzte ihn bis auf die Haut!

Nach der Sprechstunde hieß es wieder: antreten zum Ausziehen!

Aber es war wie verhext: Bei den Sonderkontrollen fand man nicht ein Schnipsel Papier mit irgendwelchen verräterischen Aufzeichnungen, während die Kripo-Fahnder draußen auf immer neue Spuren geheimer Nachrichtenübermittlungen stießen.

Wie arbeitete die Baader-Meinhof-Bande hinter Gefängnismauern mit den noch

Von WERNER KAHL

nicht gefaßten Bombenlegern zusammen?

Das geht nun aus einem „Auswertungsbericht" hervor, den das Bundeskriminalamt — Aktenzeichen BKA ST 31 — dem Generalbundesanwalt in Karlsruhe als Beweis vorgelegt hat.

Der Kripo gelang es, die Bande an zwei Tagen zu überrumpeln, an denen gerade „heiße" Nachrichten von einem Gefängnis zum anderen geschmuggelt worden waren. Sämtliche Zellen wurden in einer Blitzaktion untersucht. Die Überraschung war vollkommen. Niemand kam mehr dazu, belastendes Material zu vernichten.

Neun Stehordner füllt die Geheimpost, die in den Zellen von Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Andreas Baader, Holger Meins, Irmgard Möller, Jan-Carl Raspe, Gerhard Müller und Bernhard Braun gefunden wurde.

Die Entschlüsselung der Schriftstücke — darunter 49 top-secret Kassiber und 52 bis dahin unbekannte „Rundbriefe" linksradikaler Verteidiger an die Häftlinge — verriet der Polizei die strenggehüteten Verbindungswege der Bande untereinander. Ein langgehegter Verdacht wurde zur Gewißheit:

● **Eine Anzahl von Verteidigern, vom Stand her dem Recht und Gesetz verpflichtet, waren die Briefträger zwischen den Gefängnissen und den Verstecken der noch flüchtigen Terroristen!**

Gegen sechs Anwälte hat die Bundesanwaltschaft inzwischen Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Sie werden verdächtigt, die Baader-Meinhof-Bande auf strafbare Weise zu unterstützen.

Das Bundeskriminalamt: Die Bande hat die Anwälte offenbar fest in der Hand.

Ulrike Meinhofs Zelle im Gefängnis Köln-Ossendorf (inzwischen wurde sie nach Stuttgart verlegt) erwies sich als fündigste Quelle.

Die Beamten stießen auf einen Brief, den Gudrun Ensslin — mit Kopie an Andreas Baader — geschrieben hatte. Der Kassiber war auf zunächst unerklärliche Weise aus der Essener Haftanstalt, wo die Ensslin einsaß, herausgeschmuggelt worden und in-

BITTE BLÄTTERN SIE UM

„HANNOVERSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG"

Nr. 209 vom 8.9.77

XXVII

Auswahl der Häftlinge gibt große Rätsel auf

Entführer bevorzugen die „Prominenz" in Stammheim

Von Jörg Bischof

Stuttgart

Die Auswahl der Gefangenen, die die Bundesregierung auf Druck der Schleyer-Entführer freilassen soll, gibt kriminalistische und politische Rätsel auf. Auf den ersten Blick ist nicht zu erkennen, nach welchen Gesichtspunkten das „Kommando Siegfried Hausner", wie sich die Entführer selbst nennen, unter den mehr als 50 in deutschen Gefängnissen einsitzenden Häftlingen der Terroristenszene die elf ausgesucht hat, deren Namen am Mittwoch bekanntgeworden sind.

Da die Bundesregierung es bereits beim Überfall auf die deutsche Botschaft in Stockholm Ende April 1975 abgelehnt hatte, 24 Häftlinge einschließlich des „harten Kerns" der Baader-Meinhof-Gruppe freizulassen, verblüfft, daß die Schleyer-Entführer nun wieder versuchen, die in Stuttgart-Stammheim und Hamburg einsitzenden Mitglieder der „alten RAF", nämlich Andreas Baader (34), Gudrun Ensslin (37), Jan-Carl Raspe (33) und Manfred Grashof (31), sowie zwei Randfiguren wie Werner Hoppe (28) und Irmgard Möller (30) freizubekommen. Alle sechs sind Mitglieder der ursprünglich 39 Köpfe zählenden „Roten Armee Fraktion", die im Mai 1972 und zuvor bei fünf Bombenattentaten in Frankfurt, Heidelberg, Hamburg, München und Augsburg sowie bei einem Banküberfall in Kaiserslautern fünf Menschen getötet und weitere 54 in Mordabsicht verletzt haben.

Grashof wurde im Frühjahr 1972, Baader, Ensslin und Raspe wurden im Sommer 1972 gefaßt und im April 1977 in erster Instanz zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt.

Da die Terroristen den Stockholmer Anschlag – wie der kürzlich aus der Terroristenszene ausgestiegene Hans-Joachim Klein (er war am Opec-Überfall in Wien beteiligt) bekannt hat – ebenso wie andere fehlgeschlagene Freilassungsversuche als „Panne" werten, kann man annehmen, daß die Schleyer-Entführer darauf spekulieren, ein prominenter „Agent des Kapitals" sei der Bundesregierung wohl „mehr wert" als die Angehörigen einer Botschaft. Die „Big Raushole", wie Freilassungsaktionen unter Terroristen heißen, werde also bei einem Angehörigen des „Big Money" besser klappen.

Nicht weniger rätselhaft ist die Auswahl der übrigen Gefangenen. Zwar gehören nach den Erkenntnissen des Bundeskriminalamts Günther Sonnenberg (22), der Reprofotograf Bernhard Maria Rösner (30), der Gelegenheitsarbeiter Karlheinz Dellwo (25), die Studentin Hanna Elise Krabbe (31) und Verena Becker mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer von dem untergetauchten und inzwischen in Bochum einsitzenden ehemaligen Rechtsanwalt Siegfried Haag (32) gegründeten RAF-Nachfolgeorganisation.

Rösner, Dellwo und Krabbe waren neben Haag, der Waffen beschaffte, an dem Überfall auf die deutsche Botschaft in Stockholm beteiligt und sind inzwischen vom Oberlandesgericht Düsseldorf zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt worden.

Günther Sonnenberg, der im Mai dieses Jahres nach einer Schießerei mit der Polizei in Singen zusammen mit Verena Becker festgenommen worden ist und seither mit einer schweren Gehirnverletzung im Vollzugskrankenhaus Hohenasperg bei Ludwigsburg liegt, wird von der Polizei verdächtigt, an der Ermordung des Generalbundesanwalts Siegfried Buback am 7. April dieses Jahres in Karlsruhe beteiligt gewesen zu sein.

Verena Becker schließlich gehört zu jener Gruppe von Häftlingen, die im Austausch mit dem Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz nach Südjemen ausgeflogen worden sind. Die Kontakte der „Gruppe Haag" mit den Terroristen im Südjemen, die nach der Festnahme Verena Beckers und Günther Sonnenbergs in Singen bekannt wurden, haben die Polizei damals überrascht.

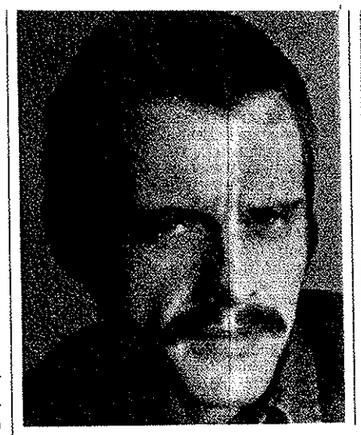
Bis dahin waren nur Verbindungen der „Gruppe Haag" nach Südfrankreich, Italien und Skandinavien sowie zu dem international gesuchten Terroristen Ramirez Sanchez Ilich (genannt „Carlos") bekannt gewesen.

Indessen wäre der Versuch, die inhaftierten Mitglieder der „Gruppe Haag" freizubekommen, in gewisser Hinsicht logisch, wenn nicht zwei der führenden Köpfe auf der Liste fehlten. Dabei handelt es sich um Haag selbst, der seit 30. November im Gefängnis sitzt, und um den zweiten Kopf der Führungsmannschaft, Roland Mayer, der zusammen mit Haag bei einer Routinekontrolle der Polizei auf der Autobahn bei Butzbach in Hessen festgenommen werden konnte.

Es ist nicht auszuschließen, daß die noch in Freiheit befindlichen Mitglieder der „Gruppe Haag", denen die Ermordung von Generalbundesanwalt Buback und des Frankfurter Bankiers Jürgen Ponto sowie das kürzlich mißglückte Attentat mit einem Raketentreibsatz auf die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe zugeschrieben werden, eine weitere Entführungsaktion in ihrem Programm haben, bei der dann Haag und Mayer herausgeholt werden sollen.

Vermutlich darf aber auch die beabsichtigte Wirkung dieser Gefangenenliste auf die linke Szene in der Bundesrepublik nicht unterschätzt werden. Der Kreis der Sympathisanten, die einer „militanten" Terrorgruppe mit Wohnungen, angemieteten Fahrzeugen oder Ausweisen behilflich sind, ist gegenwärtig längst nicht mehr so groß wie zu den Zeiten, als Baader, Ensslin, Holger Meins und Ulrike Meinhof die Bevölkerung mit Bombenanschlägen erschüttert haben.

Es ist deshalb nicht auszuschließen, daß die „Militanten" vom Schlage Haags den verschüchterten „gewaltfreien" Linken gegenüber beweisen wollen, daß man mit brutalen Methoden den Staat zur Freilassung von Gefangenen erpressen kann. Für diese Absicht dürfte die Forderung nach den „Prominenten" in Stuttgart-Stammheim ebenso stehen wie das Verlangen, den schwerverletzten und nicht transportfähigen Günther Sonnenberg aus dem Gefängniskrankenhaus herauszuholen.

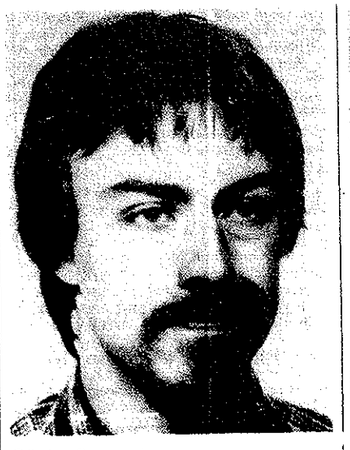


Jan-Carl Raspe

Gudrun Ensslin

Andreas Baader

Irmgard Möller



Günter Sonnenberg

Verena Becker

Fotos: dpa/ap

Kopie aus dem Bundesarchiv

Kopie aus dem Bundesarchiv

„Süddeutsche Zeitung"
Nr. 224 vom 29. 9. 77

Kontaktsperre für Häftlinge

In größter Eile über alle Hürden

Die Beratung des Gesetzes, das Absprachen zwischen Terroristen verhindern soll, ist in der Geschichte des Bundestages ohne Beispiel

Von unserem Redaktionsmitglied Helmut Lölhöffel

Bonn, 28. September

Setzer und Metteure der Bonner Bundesregierung werden an diesem Donnerstagnachmittag ein nicht alltägliches Erlebnis haben: Sie müssen den Text eines Gesetzes in Druck geben, das zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht endgültig beschlossen ist, und sogar eine Unterschrift daruntersetzen („gez. Scheel, Bundespräsident"), die erst am Freitag geleistet wird. Dieser erstaunliche Vorgang, der in anderen Fällen als zu riskant befunden würde, weil er den Gesetzgebungsorganen vorgreift, gehört zu einem minutiös festgelegten Plan. Nur wenn er exakt eingehalten wird, kann das Gesetz, das für eingesperrte Terroristen in bestimmten Fällen totale Kontaktsperre vorsieht, schon am Samstag, dem 1. Oktober 1977, in Kraft treten.

Der Inhalt des Bundesgesetzblattes Nummer 66/1977 wird knapp sein. Unter dem nichtssagenden Titel „Gesetz zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz" werden sieben Paragraphen veröffentlicht, die für den Laien schwer verständlich, für Juristen und Politiker aber von hoher Brisanz sind. Ihre Entstehungsgeschichte ist für den Parlamentarismus der Bundesrepublik ohne Beispiel. Zwar wurden schon Eilgesetze verabschiedet — etwa zum Sonntagsfahrverbot im Dezember 1973 —, aber noch nie wurde ein so wichtiger Gesetzentwurf in solcher Geschwindigkeit durch die parlamentarischen Instanzen gepeitscht.

Bei der Entführung des Westberliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz Ende Februar 1975 mußte man erleben, daß auch während der Austauschverhandlungen zwischen inhaftierten Terroristen, die „freigepreßt" werden sollten, und Bandenmitgliedern außerhalb der Gefängnisse Nachrichten flossen. Schon in den ersten Stunden nach der Entführung Hanns-Martin Schleyers vor 23 Tagen einigten sich die Bundesregierung und die Chefs der Sicherheitsbehörden: Diesmal sollten Kontakte sowohl zwischen den Häftlingen, deren Freilassung verlangt wird („Listen-Häftlinge") als auch mit deren Zellennachbarn verhindert werden. Die Bonner Stellen versprechen sich davon, daß keine Codewörter ausgetauscht werden können und damit ein größerer Spielraum für Verhandlungen mit den Entführern bleibt. Im Fall Lorenz war den Entführern mit dem Schlüsselwort „So ein Tag, so wunderschön wie heute" das Signal für die Freilassung ihrer Geisel gegeben worden.

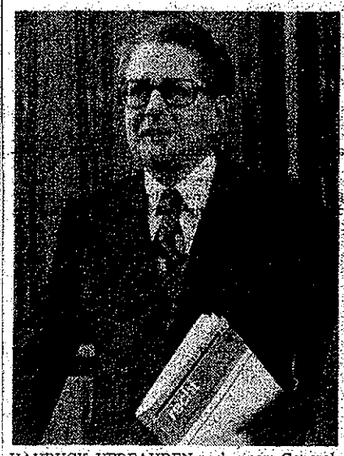
„Nicht auf Glatteis begeben"

Zunächst wurden die Kontaktverbote auf den Paragraphen 34 der Strafprozeßordnung („rechtfertigender Notstand") gestützt, der schon im Abhörfall Klaus Traube strapaziert worden war. Als dann aber widersprüchliche Gerichtsurteile über diese Maßnahmen gefällt wurden und die Westberliner ohnehin nicht mitziehen wollten (Justizsenator Jürgen Baumann: „Wir sollten uns um keinen Preis auf dieses Glatteis begeben"), beauftragte Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel seine Fachleute, ein Sondergesetz zu entwerfen. Vogel: „Wir brauchen eine feste gesetzliche Grundlage, um in ernsthaften Gefahrenlagen Kontakte zwischen Gefangenen untereinander und mit der Außenwelt zu unterbinden."

Den Zeitplan für Beratung und Inkrafttreten des Gesetzes ließ Vogel generalstabsmäßig ausarbeiten. Am 22. September mittags hatte die Spitze des Bundesjustizministeriums (BMJ) den Gesetzestext im Rohentwurf fertig. Im Plan liest sich das so: „Endgültige hausinterne Festlegung des Inhalts im BMJ." Noch am selben Tag wurden die Formulierungsvorschläge den drei Bundestagsfraktionen übermittelt. Am 23. September, einem Freitag, erörterten hohe Justizbeamte den Entwurf mit Bundesratsvertretern. Auch dabei wurde an alles gedacht: Vogel ließ Kontakte zu den Bayern (für die Union) und zu den Nordrhein-Westfalen (für die Koalition) knüpfen. Was konnte da noch schiefgehen?

Die Opposition zieht mit

Sogar am Sonntag waren die Gesetzesmacher aktiv: Am 25. September wurden zuverlässige Genossen der SPD-Bundestagsfraktion in einer sogenannten „Kontaktgruppe" eingeweiht. Oppositionsführer Helmut Kohl gab unterdessen zu verstehen: „Wir ziehen mit." Von der Union waren also keine Schwierigkeiten zu erwarten, und damit entfiel auch die in der Regierung vorhandene Sorge, eine Handvoll Dissidenten in den eigenen Reihen könne die Eilvorlage zu Fall bringen. Die Beratungen liefen, wenn auch nicht ganz störungsfrei, ab wie geplant. Am Montagfrüh wurden die Rechtsarbeitskreise der Koalitionsfraktionen mit dem Entwurf vertraut gemacht, wenige Stunden später die Fraktionsvorstände informiert. Am Dienstag um 10 Uhr eilte Minister Vogel ins Bundeshaus, um Bedenken zu zerstreuen. Für 13 Uhr war ein „Arbeitsessen (BMJ) mit Rechtspolitikern der Koalitionsfraktionen" angesetzt, am Nachmittag tagten — wie jeden Dienstag um diese Zeit — die Fraktionen. Die CDU- und CSU-Abgeordneten nahmen einen knappen Bericht Kohls „zustimmend zur Kenntnis". Die Möglichkeit, ähnlich wie bei der Entscheidung über die Vermögenssteuersenkung gegen die eigene Überzeugung abzustimmen, um der Regierung ein Bein zu stellen, wurde diesmal bei der Opposition nicht erörtert. „Für solche taktischen Finessen ist dieses Thema zu wichtig und zu ernst", sagte ein Unions-Parlamentarier.



HAURUCK-VERFAHREN *nach einem Generalstabsplan: Minister Vogel kann damit rechnen, daß sein Gesetz am Samstag in Kraft tritt.*

Schmidts Mahnung

Bei den Sozialdemokraten indessen ist Vogels Gesetz so umstritten, daß sich in der dreieinhalbstündigen Diskussion sogar die Linken untereinander in die Haare gerieten. Der stellvertretende Fraktionschef Horst Ehmke warf den Kritikern vor, sie seien „bürgerliche Idealisten", Karsten Voigt konterte („Horst, dieser Diskussionsstil bringt uns nicht weiter"), und schließlich stimmten drei Linke — Manfred Coppik, Karl-Heinz Hansen und Klaus Thüsing — gegen die Einbringung des Sondergesetzes, zwölf weitere enthielten sich. Zuvor hatte Bundeskanzler Helmut Schmidt eindringlich gemahnt, das Gesetz nicht zu torpedieren, und um einen Vertrauensvorschuß gebeten: Nach dem Ende des Falles Schleyer wolle er eine Dokumentation vorlegen. „Dann werdet ihr sehen, daß dieses Gesetz unabweisbar ist." Auch in der FDP-Fraktion gab es zweifelnde Stimmen. Doch nach einer zweieinhalbstündigen Debatte stellte sich heraus, daß alle Liberalen ja sagen werden, manche allerdings „mit Bauchgrimmen".

Nachdem der Entwurf am Mittwoch „in einem noch nie dagewesenen Hauruckverfahren" (so der SPD-Abgeordnete Rudi Schöfberger) das Kabinett sowie die Rechtsausschüsse des Bundesrates und des Bundestages passiert hat (ganz nebenbei fand ohne Aussprache die erste Lesung im Plenum statt), wird der Bundestag das Gesetz an diesem Donnerstag ohne Zweifel beschließen. Am Freitag um 9.30 Uhr wird dann noch der Bundesrat zustimmen, aber auch das ist in diesem Blitzverfahren nur eine Formsache. Der gedruckte Gesetzestext wird zu dieser Stunde schon längst versandbereit sein. Die ersten tausend Exemplare des *Bundesanzeigers* gehen zur Post, wenn noch die Tinte trocknet, mit der Bundespräsident Walter Scheel am Freitag kurz vor 10 Uhr das Gesetz unterschreiben wird. Der SPD-Abgeordnete Uwe Lambinus: „Das ist kein Gesetz des kühlen Kopfes, sondern ein Gesetz der heißen Nadel."

XIII „Die Welt", Nr. 59, 10.3.72

Die Bundeswehr ist zur Abwehr des Untergrundkampfes unzureichend ausgebildet (Schluß)

Psychologen und Computer gegen Partisanen

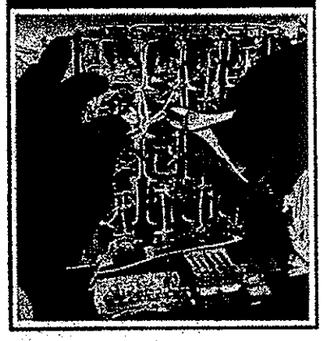
Von HORST G. TOLMEIN

Führt der im Gefängnis sitzende Rechtsanwalt Horst Mahler die Baader/Meinhof-Bande vom Gefängnis aus? In Briefen und Antworten auf Interview-Fragen, die der „Spiegel" veröffentlichte, hatte Mahler unter ideologischem Schwulst praktikable Anweisungen, Ratschläge und Durchhalteparolen für den Guerillakampf verpackt. Er empfiehlt den Guerillas Nachschubbasen anzulegen, weitere Kämpfer zu werben und auszubilden, ehe mit dem bewaffneten Kampf begonnen werden kann.

Erschreckend wenig ist bisher die aktive Abwehr eines bewaffneten Aufstandes organisiert worden. Dabei sind — zumindest der Zahl nach — ausreichend Ordnungskräfte vorhanden. Die Tiefenaufklärung des Untergrundkampfes obliegt den westdeutschen Nachrichtendiensten (Bundesamt für Verfassungsschutz, Landesämter für Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst, Militärischer Abschirmdienst), die Nahaufklärung ist Sache der Kriminalpolizei, der örtlichen Polizeibehörden und des Bundesgrenzschutzes.

Zum direkten Einsatz gegen „Störer" und „Banden" — so die polizeitaktischen Ausdrücke — stehen ebenfalls die genannten Polizeien, wie auch die Bereitschaftspolizeien der Länder, sowie — legitimiert durch die Notstandsgesetze — die Bundeswehr bereit. Die auf westdeutschem Boden stationierten alliierten Truppen würden — laut NATO-Vertrag — im „Inneren Notstand" nicht in Aktion treten, sondern nur ihre eigenen Kasernen sichern. Ein unter der Schwelle des offenen Krieges liegender Konflikt löst den Beistand der NATO nicht aus.

Die Partisanen sind unter uns



Schwerwiegende Mängel behindern jedoch die Effektivität der staatlichen Ordnungskräfte. Werden Fernmeldenetze gestört, bricht gebietsweise die öffentliche Verwaltung zusammen, ist die Polizei revolutionärer Gewalteinwirkung ausgesetzt, so muß die Funktionsfähigkeit der normalerweise schon überlasteten örtlichen Polizeien angezweifelt werden. Der Journalist Matthias Hofmaier im „Deutschland-Magazin" Nr. 6/71 über die Polizei in solcher Lage: „Da sie lediglich mit der Bekämpfung von Störungen der öffentlichen Sicherheit betraut ist, ist ihre Aufgabe primär darauf beschränkt, begrenzte Verletzungen festzustellen, die Täter beziehungsweise Störer zu ermitteln und der Rechtsprechung zuzuführen. Dies aber setzt eine ganze intakte Ordnung voraus. Die Polizeikräfte sind in ihrer Funktion an das Funktionieren der öffentlichen Ordnung gebunden."

Am ehesten wären wohl die Bereitschaftspolizeien der Länder und der Bundesgrenzschutz in der Abwehr subversiver Angriffe ihren Aufgaben gewachsen. Vor allem der Bundesgrenzschutz übt regelmäßig Partisanenlagen. Das letzte BGS-Manöver „Vogelsberg" im Herbst 1971 erwies, daß diese Polizeitruppe brauchbare Konzeptionen entwickelt hat. Aber der Bundesgrenzschutz ist personell schwach und würde bei einem Einsatz im ganzen Bundesgebiet zersplittert. Konsequenz des Bundesinnenministers: Der Bundesgrenzschutz soll noch in diesem Jahr von 19 000 auf 23 000 Mann verstärkt werden (BGS-Tätigkeitsbericht 1971 vom 6. März 1972).

Ganz zweifellos sind Polizei und Bundesgrenzschutz zur Bekämpfung der Subversion prädestiniert: Jeder Beamte ist für Polizeiaufgaben ausgebildet und hat gelernt, die „Verhältnismäßigkeit der Mittel" abzuwägen. Erst wenn die Polizeikräfte nicht ausreichen, kann nach Artikel 87a, Absatz 4 des Grundgesetzes auch die Bundeswehr zum Schutz ziviler Objekte und zur Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer herangezogen werden. Zur Niederwerfung rechtmäßiger Streiks darf die Bundeswehr dagegen nicht eingesetzt werden.

Keiner Bundesregierung würde der Entschluß leichtfallen, den Einsatz der Streitkräfte bei einem „Inneren Notstand" anzuordnen. Die Studie eines Abwehrexperten „Der subversive Konflikt" sagt dazu: „Die Entscheidung über diesen Einsatz hängt aber auch von der Beurteilung der möglichen Wirkungen auf Wechselbeziehungen der inneren und äußeren Gefahr ab. Werden Sicherheit und Stabilität im Inneren bedroht, beginnt auch die Gefahr von außen zu wachsen. Der Einsatz der Streitkräfte im Inneren entzieht sie ihrer eigentlichen Aufgabe, der Abwehr eines bewaffneten Angriffs. Einsatz im Inneren ist dann ein Teilsieg des Gegners, wenn er hierdurch Truppen bindet."

Sollte es jedoch zu einem Befehl an die Bundeswehr kommen, im „Inneren Notstand" der Polizei zu helfen, so wäre sie derzeit mit Sicherheit nicht in der Lage, erfolgreich mitzuwirken.

Die Truppe ist weder zur Abwehr des verdeckten Kampfes ausgebildet noch gar psychologisch geschult. Doch „da der subversive Kampf ein psycho-politischer Kampf ist, werden auch Maßnahmen und Verhaltensweisen der Ordnungskräfte nach ihrer psycho-politischen Wirkung auf die Subversanten, die eigene Bevölkerung und Truppe sowie auf das Ausland gemessen" (Der subversive Konflikt).

Gemeinsame Übungen von Polizei, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr gibt es nicht. Ein Stabsoffizier des Territorialheeres: „Nur vage Vorstellungen bestehen über den ‚Gemeinsamen Sicherheitsplan', der die Zusammenarbeit zwischen zivilen Behörden und der Bundeswehr in Krisenzeiten regeln soll. Es bestehen keine konkreten Vorstellungen darüber, wie die zu sichernden Objekte zwischen Bundeswehr, Polizei, Bereitschaftspolizei und Grenzschutz aufgeteilt werden und wer in Zweifelsfällen kraft Befehlsbefugnis zu unserer aller Sicherheit koordiniert."

Träger des Abwehrkampfes wären weniger die aktiven Bundeswehrverbände, sondern die zumeist aus Reservisten bestehenden Sicherungskompanien und Jägerbataillone der Heimatschutztruppe des Territorialheeres. „Es stellt sich die Frage, wie die Truppe einen Kampf führen soll, in dem sie ihre Qualitäten nicht annähernd zur Wirkung bringen kann", so die Studie „Der subversive Konflikt". „Da die Heimatschutztruppe im rückwärtigen Kampfgebiet mit zwei unterschiedlichen Gegnern zu rechnen hat — dem subversiven Gegner und dem Kombattanten (uniformierter Feind) —, muß sie sich auch auf zwei verschiedene Sicherungsmethoden einrichten: .. Da unseres Wissens keine Vorschrift über Führung und Einsatz von Heimatschutz-Jägerbataillonen vorliegen, läßt sich nur folgern, daß letzten Endes das Territorialheer von den traditionellen Prinzipien militärischen Denkens belastet ist."

Die Stadt – der Tod der Armee

In der Tat sucht die Bundeswehr — wenn sie überhaupt Partisanenabwehr übt — die subversiven Gegner mit Jagdkommandos in den deutschen Wäldern. Dazu der Kommandeur eines Jägerbataillons: „Mitten in Hamburg detonierten mehrere Sprengsätze. Wie setzt man hier ein Jagdkommando der Heimatschutztruppe an? Nur geistesschwache Dilettanten können eine solche Problematik in dieser Weise überhaupt angehen."

Doch die Bundeswehr hat kein Konzept für den Einsatz in Ballungsgebieten — und die Partisanen wissen das: „Kann eine ländliche Guerilla immer nur einzelne Punkte bedrohen, liegt in der Großstadt die ganze Flanke des Feindes offen. Dieser weiß nie, welches Objekt angegriffen wird. Da innerhalb der Stadt alle Objekte für die Partisanen erreichbar sind, muß der Feind alle schützen", so erläutert das „Wagenbach-Rotbuch Nr. 29" und stellt dann fest: „Die operativen Möglichkeiten des Feindes dagegen sind in einer Großstadt seines eigenen Gebietes stark eingeschränkt.. Die technischen Apparaturen, die die Macht der Konterrevolution so furchtbar erscheinen lassen, werden teilweise gar nicht einsetzbar sein, ja sie werden die Beweglichkeit des Feindes, seine Schnelligkeit und Einsatzfähigkeit behindern." Der Kommandeur eines Verteidigungskreises: „Die Stadt ist der Tod der Armee."

Die Bundeswehr kann vom Bundesgrenzschutz lernen: Während die Heimatschutztruppe ihre Gefechtsstände in die Wälder legt und sich damit psychologisch von der Bevölkerung absondert, bringt der Grenzschutz seine Einheiten in die Städte. Ein BGS-Oberst: „In der Gefahr rückt man gern zusammen. Die Bevölkerung weiß die Beschützer gleich um die Ecke." Daraus entwickelt sich eine enge Zusammenarbeit mit Einwohnern und Behörden, die das so wichtige Aufklärungsnetz engmaschiger macht. Denn: Aufklärungsbefähigung ist bester Schutz gegen Subversion.

Die wichtigste Aufgabe zur erfolgreichen Bekämpfung eines Konfliktes aber ist der Aufbau geeigneter Führungszentren. Das müßte bald geschehen. Die Studie „Psychologisches Stabszentrum", verfaßt von einem Psychologen der Abwehrbehörden: „In einer sich rapide verschlechternden psychologischen Lage wird ein leistungsfähiges Informations- und Kommunikationsnetz nicht mehr aufzubauen sein." Ansätze sind jedoch schon vorhanden. So hat das Bundesinnenministerium ein Tag und Nacht besetztes Lagezentrum mit vier höheren Beamten und einem technischen Unterbau eingerichtet. Desgleichen verfügen die Länderregierungen und Polizeibehörden der entsprechenden Ebenen über permanente Bereitschaftsstäbe, die eine Lageerstellung und Bewertung vorzunehmen haben. Der Studienautor: „Abwehr im Lagezentrum ist keine Traumdeuterei, sondern zivil-militärische Zusammenarbeit mit dem Ziel, so gut und schnell wie möglich aufzuklären, das Feindverhalten vorauszuberechnen und der feindlichen Mobilität durch noch höhere Mobilität zuvorzukommen." Der Experte schlägt vor, die bestehenden Krisenstäbe in dem für die Abwehr der Subversion während eines „Inneren Notstandes" oder im „Spannungsfall" zuständigen Bundesinnenministerium und in den Länderinnenministerien zu erweitern. Neben leitenden Kriminal- und Schutzpolizeibeamten sollten Bundeswehr- und Grenzschutzoffiziere, Psychologen und Techniker der Verbundsysteme in die Stäbe berufen werden. Zu ihrer Verfügung müßten die modernsten Mittel, vor allem Datenbänke, stehen. Angaben über die Störanfälligkeit der Energie-, Verkehrs-, Fernmelde- und Versorgungsnetze können in Computern gespeichert werden. Im Krisenfalle ließen Vorausberechnungen auf Grund dieser Daten entsprechende Schutzmaßnahmen an den so ermittelten möglichen Angriffspunkten zu.

Die Arbeitsgruppen der Experten wären — dank ihrer Zusammensetzung und den Angaben der Datenbank — in der Lage, die Situation des subversiven Gegners „mitzufühlen". Dann könnte Objektschutz dort eingesetzt werden, wo erkennbar die Schwerpunkte des Kampfes liegen. Der Abwehr-Psychologe: „Durch solche zivil-militärische Zusammenarbeit wird vermieden, daß Polizei und Armee dem Terror aus dem Untergrund mehr oder weniger ohnmächtig gegenüberstehen. Das Vertrauen in Staat und Regierung, sowie das Sozialgefüge bleiben erhalten, und damit wären die Partisanen gerade um den Erfolg gebracht, den sie am meisten anstreben: Sieg über die Bürger unseres Staates."

Notwendig für die nächste Zeit: Zerschlagen aller Ansätze der schon bestehenden Stadtguerilla-Gruppen. Die Informationen aus dem Düsseldorfer Ruhland-Prozeß — darüber täusche man sich nicht — sind uralt: Beate Sturm verließ die Baader/Meinhof-Bande im Januar 1971 und Ruhland wurde im Dezember 1970 verhaftet. Seitdem hat sich die Bande über ein Jahr in der Illegalität bewegt, Banküberfälle begangen, um die Existenz zu sichern, wohl aber auch, um Waffen, Funkgeräte und andere Ausrüstungen zu erwerben. Sie ist um weitere Mitglieder verstärkt worden und hat sich auf mehrere kleine Gruppen ausgedehnt.

Erhalten diese Stadtguerillas Anweisungen und Ratschläge von ihrem geistigen Oberhaupt, dem in Untersuchungshaft sitzenden Rechtsanwalt Horst Mahler, über das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel"? Die Frage drängt sich auf, denn im „Spiegel" Nr. 8/72 verpackte Mahler deutliche Hinweise auf die Taktik des Stadtguerillakampfes in einige Antworten auf „Spiegel"-Fragen. Der gefangene Partisanenhäuptling erläuterte, in welchen Personenkreisen die Guerillas Nachwuchs werben sollten, nämlich u. a. in den „Randschichten", unter der „revolutionären Intelligenz", aber auch bei den „Partisanen in den Institutionen (Funk, Fernsehen, Presse, Verwaltung, Management usw.). Sodann erklärte Mahler präzise, welche bestimmten Praktiken von den Partisanen ersonnen und geübt werden müssen: „Die notwendige Beweglichkeit setzt eine solide Infrastruktur (Stützpunkte, Verstecke, Werkstätten, Nachrichtensysteme, Ausbildungsmöglichkeiten usw.) voraus. Erst auf dieser Grundlage können nennenswerte Angriffe unternommen werden."

Wenn die Baader/Meinhof-Terroristen den „Spiegel" gelesen haben sollten, was zu tun ist: Beschaffen, Ausbilden, Nachschubbasen [illegible]

Ein Stabsoffizier des Territorialheeres: „Der moderne [illegible]mpf ist eine Zäsur der K[illegible]te. Noch in hundert Jahren [illegible]nsere Enkel damit ihre Plage haben.

Kopie aus dem Bundesarchiv

Kopie aus dem Bundesarchiv

„Die Welt", Nr. 58, 9.3.72

XIII

„Die Angst, daß der Gegner mehr an Macht gewinnt, belastet die Abwehrbereitschaft" (V)

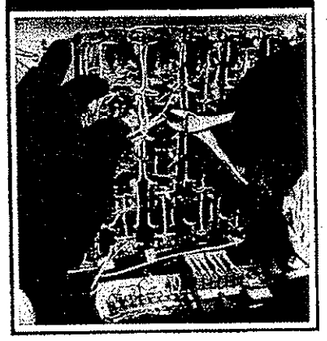
Wenn der Aufstand Ballungszentren erfaßt . . .

Von HORST G. TOLMEIN

Ein westdeutscher Abwehrexperte und ein Terrorist aus dem Kreis der Baader/Meinhof-Bande schrieben je eine Studie über den möglichen Verlauf eines bewaffneten Aufstandes in der Bundesrepublik. In frappierender Weise ähneln sich die Darstellungen: Die Agitationsphase höhlt das Rechtsbewußtsein aus und spaltet die öffentliche Meinung in eine „progressive" und eine konservative Partei. Die Partisanenaktionen aber erzeugen Existenzangst und Furcht in der Bevölkerung.

Die meisten Gruppen der „Neuen Linken" halten den Zeitpunkt der Revolution noch nicht für gekommen. ROTZING — die „rote Zelle Ingenieure" an der Technischen Universität, Berlin, am 14. 5. 1971 in einer Verlautbarung: „Aufbau der Roten Armee heißt: in enger Verbindung mit dem Aufbau der Massenorganisationen und der KP ein organisatorisches, militärisches Machtorgan zu schaffen, das in der strategisch offensiven Phase die erkämpften Positionen militärisch absi-

Die Partisanen sind unter uns



chert und . . . die revolutionären Massen befähigt, die Diktatur des Proletariats zu errichten . . ."

Der Kreis um Baader/Meinhof, die „Schwarzen Zellen" und die Reste des zerschlagenen Heidelberger „Sozialistischen Patientenkollektivs" aber wollen nach den Worten eines Flugblattes handeln, das in Heidelberg vom „Informationszentrum Rote Volksuniversität — vorübergehend im Exil" (IZRU) herausgegeben wurde: „. . . unser Lebensraum ist der Volkskrieg . . . Stadtguerilla in Hamburg und Berlin und München und Frankfurt und Heidelberg und überall liegt schon Brand . . ."

Dagegen könnten die auf die Weltrevolution eingeschworenen moskautreuen Kommunisten in einer entsprechenden innenpolitischen Situation unmittelbar den Aufstand zur Eroberung der Staatsgewalt wagen. Sie wissen die Macht der Parteien und Regierungen des Ostblocks hinter sich. Sie könnten aber auch — wenn die Lage danach ist — den Aufstand als Ouvertüre zu einem Stunden oder Tage später vorgesehenen militärischen Einmarsch von Streitkräften des Sowjetblocks entfesseln. Tatsächlich übten bereits 1965 im Warschauer-Pakt-Manöver „Oktobersturm" 50 000 Soldaten im Südwesten der „DDR" den Einfall nach Westdeutschland, nachdem dort „patriotische Kräfte" — so die Übungslage — den Kampf gegen das „revanchistische Bonner Regime" aufgenommen hatten. Wie in diesem Manöver würden auch in einem Ernstfall die Revolutionäre den Okkupanten den Grund liefern, „die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen". Der damalige NVA-Generalmajor und Kommandeur der 7. Panzer-Division, Hans Ernst, bei der Manöverkritik im Haus Auensee in Leipzig: Die Guerilla-Vorstellungen müßten mehr noch als bisher in die strategischen Überlegungen der „Nationalen Volksarmee" einbezogen werden, „um einen eventuellen Krieg auf deutschem Boden in kürzester Frist siegreich beendigen zu können".

Ob „Neue Linke" oder „Orthodoxe" — hinsichtlich des subversiven Kampfes stehen beide allerdings auch vor großen Schwierigkeiten. Die Rekrutierungsbasis dürfte in jedem Falle nur schmal sein, weil an die psycho-politischen Kämpfer außerordentliche Anforderungen gestellt werden müssen. Nicht jeder ideologische Fanatiker ist auch ein guter Stadtguerilla, nicht jeder ausgebildete Einzelkämpfer ist gegen ideologische Belastungen gefeit. Je größer die Untergrundgruppe, desto höher die Gefahr des Verrates. Dennoch beweist der Tod der Terroristen und Professorensöhne Georg von Rauch und Thomas Weisbecker, daß Rolf Hochhuth wohl nur bedingt recht hatte, als er sagte: „In Deutschland kann es niemals eine Revolution geben, weil es dort keine Intellektuellen gibt, die dafür ihr Leben einzusetzen bereit sind. Oder auch nur ihren Job. Mich selbst nehme ich nicht aus."

Keine Schwätzer und Zauderer

In dem illegal vertriebenen, möglicherweise von Horst Mahler verfaßten „Wagenbach Rotbuch Nr. 29" steht zu diesem Thema: „Es ist auch unmöglich, bewaffnete Gruppen aus ‚legalen' Organisationen hervorzubringen. Diese (auch deren leitende Kader) sind unvermeidlich durchsetzt mit Schwätzern, Angebern und Zauderern . . . Eine kämpfende Gruppe kann auch nur durch den Kampf selbst entstehen. Alle Versuche, die Gruppe außerhalb der Bedingungen des ‚Ernstfalles' organisieren, ausbilden und trainieren zu wollen, führen zu äußerst lächerlichen Resultaten — manchmal mit tragischem Ausgang.

Schwierig zu lösen wäre auch das zeitgerechte Einschleusen der Subversanten in die vorgesehenen Krisengebiete. Je früher der „Aufmarsch" erfolgt, desto größer ist das Risiko der Entdeckung. Die Partisanenbanden müßten einerseits in kurzer Zeit sichtbare Erfolge erzielen, dürften sich aber andererseits nicht verzetteln, keinesfalls sich aber selbst zum offenen Kampf stellen lassen.

Die geographische Lage, politische Verflechtungen, kulturelle Überlieferungen, soziale Zusammenhänge, der Volkscharakter und die Wirtschaftsstruktur unterscheiden die Bundesrepublik fundamental von allen bisherigen Partisanenkriegsgebieten. Die Partisanen sähen sich einem übersichtlich gegliederten Staat mit eingespieltem polizeilichem Melde- und Beobachtungsnetz gegenüber. Als Unterschlupf und Kampfgebiet blieben ihnen eigentlich nur die Großstädte.

Zweifellos ist unser industrialisiertes Land gegen Störungen empfindlich. Dennoch wäre es falsch anzunehmen, eine kleine Truppe von Untergrundkämpfern könnte von innen her, allein mit Sabotage, eine so chaotische Lage heraufbeschwören, daß ein Staatsstreich möglich würde. In der Bundesrepublik hat der Föderalismus bis in die Grundstrukturen hinein ein stabiles, in seinen Teilen austauschbares, technisches System ausgebildet, das auch mehrere, an verschiedenen Stellen gleichzeitig auftretende Störungen verkraften kann. Verbundnetze für Strom, Gas, Fernmeldelinien, Pipe-Lines, Eisenbahn- und Verkehrswege sind so eng vermascht, daß Umschaltungen, Umleitungen, Umwege jederzeit hergestellt werden können. Die Instandsetzungskapazität ist außerordentlich hoch.

Wenige Kämpfer binden starke Kräfte

Einen bis zum Ende ausgetragenen Partisanenkrieg gegen ein hochzivilisiertes Land hat es noch nie gegeben. Deshalb ist es schwierig, seine Wirkungen vorauszusehen.

Der Autor des „Wagenbach Rotbuches 29" verwirft den Partisanenkampf in Wäldern und Bergen. Doch er schreibt: „Anders ist es in der Großstadt. Sie bietet alle erforderlichen Versorgungsgüter in einer Weise an, die es nicht erforderlich macht, daß die Partisaneneinheiten aus ihrer Anonymität hervortreten . . . Die Großstadt ist zugleich eine Massierung von Angriffszielen . . . Wenige Kämpfer können starke Kräfte des Feindes binden . . . Die operativen Möglichkeiten des Feindes dagegen sind in einer Großstadt . . . stark eingeschränkt . . . Es ist schon keine Spekulation mehr, daß die Bildung von bewaffneten Kommandos in Großstädten jederzeit möglich ist."

In einer Studie „Der subversive Konflikt" hat ein westdeutscher Fachmann für die Abwehr des Untergrundangriffs den möglichen Verlauf eines solchen bewaffneten Aufstandes geschildert. „Eine revolutionäre Situation", schreibt er, „ist dann gegeben, wenn in der angegriffenen Partei die einen nicht mehr können und die anderen nicht mehr wollen (Vertrauensschwund, Krisenstimmung, Auseinanderbrechen bestehender Ordnungen) . . ." Eine solche Situation könnte entstehen, wenn es den Subversanten gelingt, Rechtsunsicherheit mit dem Ergebnis zu schaffen, daß Teile der bürgerlichen Intellektuellen und der Justiz auf der einen, konservative Gruppen und die Polizei auf der anderen Seite stünden. Dann könnte, so heißt es in der Studie, Gewaltanwendung als „schutzwürdig" angesehen werden, wenn sie „progressiven" Zielen dient. Die öffentliche Meinung würde sich spalten, das Rechtsbewußtsein auch der breiten Massen würde wankend werden. Wörtlich fährt die Studie fort: „Nunmehr haben auch direkte Zerstöraktionen gegen die Infrastruktur einen symbolträchtigen Charakter . . . Es wäre daher naiv anzunehmen, daß in dieser Phase Wasser- und Elektrizitätswerke in die Luft fliegen. Die Sprengkapazität der Subversanten ist wesentlich niedriger, als man gemeinhin annimmt . . . Hingegen lösen viele kleine, aber gleichzeitig verursachte Zerstörungsakte breitere psychologische Wirkungen aus . . . Der fatale Eindruck der koordinierten Störung entsteht, die Angst, daß der Gegner mehr und mehr an Macht gewinnt, belastet die Abwehrbereitschaft der Bevölkerung . . . Der Eindruck in der Bevölkerung verstärkt sich, daß der Staat sie nicht mehr schützt."

Die Kampfanweisung für westdeutsche Partisanen, das „Rotbuch 29", sieht die Lage ganz ähnlich: „In der Anfangsphase bilden sich dezentralisiert . . . einzelne Partisanengruppen, die Kommandoaktionen unternehmen. Es ist notwendig, derartige Gruppen in Ballungszentren zahlreich zu entwickeln, um schon in der Entstehungsphase den Feind zu zwingen, seine Kräfte zu zerstreuen, und seinen Ermittlungsapparat zu überlasten." Diese Gruppen, so fordert das „Rotbuch", sollen Verbindung untereinander aufnehmen und ihre Aktionen koordinieren. Wörtlich: „Unter diesen Bedingungen kann die Guerilla eindrucksvoll und exemplarisch demonstrieren, daß der staatliche Unterdrückungsapparat in bestimmten Bereichen nicht mehr in der Lage ist, die Interessen der Besitzenden wirksam und dauerhaft zu schützen . . ."

Strafaktionen der Partisanen

Wer „Besitzender" oder „Ausbeuter" ist, bestimmen die Partisanen. Im „Rotbuch" werden Hausbesitzer, Regierungsbeamte, Lehrer, Richter, Offiziere, Fürsorger und Staatsanwälte genannt. Das „Rotbuch" weiter: „. . . Sollten die Betroffenen versuchen, staatlichen Schutz anzufordern, muß ihnen schnell klargemacht werden, daß der Staat nicht mehr in der Lage ist, diesen Schutz wirksam zu gewähren . . . Sollte die ‚Repression' jedoch weitergehen, wird die Guerilla dabei nach dem Grundsatz verfahren: ‚Bestraft Einen und erzieht Hunderte!'"

In der bereits erwähnten Studie „Der subversive Konflikt" aber heißt es für den Fall, daß die Partisanen mächtiger werden: „Erste ‚Friedensangebote' der Gegenseite werden die Bevölkerung in Meinungsgruppen spalten . . . Das Informationsbedürfnis wird schlagartig steigen. Die ‚Stunde des Transistorradios' ist gekommen. Und genau zu diesem Zeitpunkt, da der Staat seine Informationskapazität am nötigsten hat . . . wird der Subversant diese wichtige Waffe des Staates zu seinem Angriffsziel machen."

„Hilferufe" der Bevölkerung

Nun könnten sich möglicherweise — so schildert es die Studie — größere Teile der Bevölkerung den „neuen Ordnungskräften" zuwenden, die jetzt über die Rundfunk- und Fernsehanstalten gebieten. Die Partisanen sind nun in der Lage, die Bevölkerung einzuschüchtern und ihr andererseits klarzumachen, daß nur sie in der Lage seien, ihre weitere bürgerliche Existenz und ihren Lebensstandard zu sichern. Das Kalkül geht allerdings nur dann auf, wenn die Ordnungskräfte des ‚alten Staates' — Polizei und Armee — entscheidend und schnell geschwächt werden.

Die künftigen Revolutionäre aller Gruppen haben dies offenbar seit langem erkannt. So erklärt sich der wütende Kampf der „Neuen Linken", wie der moskauhörigen Kommunisten gegen Polizei und Bundeswehr mit den vielfältigen Versuchen zur Zersetzung und Demoralisierung. Bereits im Dezember 1968 schrieb Rudi Dutschke im „Spiegel": Die „Infiltration in Armee und Polizei" gehe schon „Langsam, aber sicher" vor sich.

Sollte es den Subversanten jedoch nicht gelungen sein, die Ordnungskräfte des Staates schon vor dem Ausbruch der Revolution entscheidend zu paralysieren, benötigen sie Hilfe von außen. Die Studie „Der subversive Konflikt" sagt dazu: „Die Niederschlagung der Streitkräfte ist immer eine Aufgabe des äußeren Gegners. Auf entsprechende ‚Hilferufe' der Bevölkerung kann er mit dem Einmarsch beginnen. Jetzt empfiehlt sich eine massive Zerstörung desjenigen Verbunds, der unmittelbar die Einsatzbereitschaft und Operationsfreiheit der Streitkräfte ermöglicht (Militärstraßen, Flußübergänge, Depots)."

Wenn diese Sprengungen und Angriffe gegen die militärische Infrastruktur einsetzen, kann die Dauer der Freiheit nur noch maximal sechs Stunden betragen. Das ist der Zeitraum der Instandsetzungsdauer. Noch vor Ablauf dieser Frist rollen fremde Truppen über die Straßen der Bundesrepublik.

In der nächsten Folge:
Erfolgreiche Abwehr ist möglich

„Die Welt", Nr. 54, 4.3.72

XIII

Der psycho-politische Krieg hat schon begonnen (I)

Agitation, Infiltration, Sabotage, Bandenkampf

Zwei Sprengstoffanschläge auf Hamburger Betriebe alarmierten die westdeutschen Abwehrbehörden. Sie erhielten bestätigt, was zuvor schon andere Anzeichen signalisiert hatten: Auf deutschem Boden beginnt sich ein heimlich geführter Untergrundkrieg zu entwickeln. Nahost-Partisanen, revolutionäre Gruppen der deutschen „Neuen Linken" und auch Geheimdienste des Ostblocks bereiten in der Bundesrepublik einen subversiven Konflikt vor. Von dieser modernen Form des Partisanenkrieges handelt diese Serie.

Von HORST G. TOLMEIN

In Berlin ausgehobene Untergrundwaffenschmiede: Pistolen-Schalldämpfer

Der Kampf hat erst begonnen", schrieb Andreas Baader über seinen „Volkskrieg" in einem Brief, der am 24.1.1972 die dpa-Agentur München erreichte. „Menschenleben spielten keine Rolle", sagte Karl-Heinz Ruhland — inhaftiertes Mitglied der Baader/Meinhof-Bande — im Januar 1972 vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht aus. Beate Sturm, die sich im Januar 1971 von der Baader/Meinhof-Bande trennte, im „Spiegel" (Nr. 7/72) über ihre Vorstellungen vom „Volkskrieg": „Das war so spontan und naiv und romantisch, unheimlich romantisch... Also richtig wie im amerikanischen Krimi ... man war jetzt richtig im Krimi drin..."

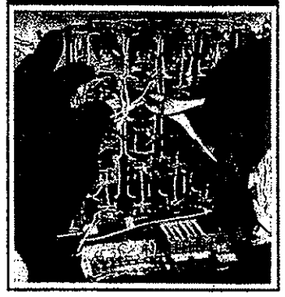
Selbst der Schriftsteller Heinrich Böll mußte bei seinem Versuch, die Terroristenbande zu verharmlosen („Spiegel" Nr. 3/72), mehrfach zugeben: „Die Kriegserklärung ... richtet sich eindeutig gegen das System..." — „Es ist eine Kriegserklärung von verzweifelten Theoretikern..." — „Es kann kein Zweifel bestehen: Ulrike Meinhof hat dieser Gesellschaft den Krieg erklärt..." — „Ich wiederhole: Kein Zweifel — Ulrike Meinhof lebt im Kriegszustand mit dieser Gesellschaft."

Schon 1968 forderten APO-Demonstranten immer wieder den bewaffneten Aufstand: „Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnams!" — ein Wort des südamerikanischen Partisanenstrategen Che Guevara. Die, die es riefen, kannten sicher auch Guevaras ergänzendes Zitat: „Das bedeutet einen langen Krieg, und wir wiederholen es noch einmal: einen grausamen Krieg. Niemand soll sich täuschen, wenn er ihn beginnen wird, und niemand darf schwanken, ihn zu beginnen, aus Angst vor Folgen, die für sein Volk entstehen könnten."

Die Redaktion des Berliner Untergrundblattes „Linkeck" schwankte nicht und hatte keine Angst vor den Folgen. Sie empfahl in Nr. 8/68, beim Selbstbau von Handgranaten auch Alteisenabfälle, Schrauben, Nägel und Steine in den Sprengstoff zu mischen — „zur Erhöhung der Splitterwirkung ... bei der Bekämpfung lebender Ziele".

Neben diesen Amateurpartisanen bereiten still, doch skrupellos, die Profis einer anderen Untergrundorganisation ihre Revolution vor — es sind die auf lange Sicht wohl gefährlicheren Subversanten: Festgenommene Ostagenten — so berichten Abwehrbeamte in der Bundesrepublik — hatten bis in die jüngste Zeit hinein besondere Ausspähungsaufträge zu erfüllen, die auf die Vorbereitung von Sabotageakten in großem Maßstab hinweisen. Neben anderen Aufträgen sollten sie besonders Betriebe der chemischen, elektronischen und der Grundstoffindustrie ausforschen. — Dabei werden von den Agenten regelmäßig verlangt: genaue Angaben über Bewachung, Werkschutz, Zäune, Beleuchtung, Alarmeinrichtungen. Im Detail fordern die östlichen Auftraggeber Berichte über Stromversorgung, Sauerstoff- und Azethylenanlagen, Pumpstationen, Wasserversorgung, werkseigene Tankstellen und Kabelführungen. Ein Geheimdienstbeamter: „Das sind geradezu Standardfragen."

Die Partisanen sind unter uns



Ebenso interessieren sich östliche Geheimdienste für wichtige Brücken, Schleusen- und Hafenanlagen, Fernmeldezentralen und -netze, Kraftwerke, Transformatorenstationen, Hochspannungsleitungen (besonders die gebündelten Leitungen über den Rhein), Pipelines, Erdölraffinerien, Werften, Großbetriebe der Nahrungsmittelindustrie und Transporteinrichtungen der Lebensmittelversorgung — alles geeignete Objekte für Sabotageakte im revolutionären, subversiven Kampf. Trotz der Entspannungsbemühungen der Bundesregierung gegenüber den kommunistischen Staaten Europas hat die Spionagetätigkeit östlicher Agenten zugenommen. Bundesinnenminister Genscher im Januar 1972: „Auch gegenüber den nicht nachlassenden Ausspähungsbemühungen östlicher Spionagedienste bleibt stetige Wachsamkeit geboten."

Der Bundesrepublik Deutschland ist der Krieg erklärt worden — mehrfach und unüberhörbar, und von verschiedenen Seiten, so auch von Untergrundgruppen des Nahen Ostens. Sie jedenfalls „übernahmen die Verantwortung" für drei Sprengstoffanschläge in Hamburg im Februar dieses Jahres — offenbar unbesehen, denn der letzte Anschlag ist aufgeklärt: Die Täter waren unpolitische Sprengstoffmischer — ohne Beziehung nach Nahost. Ein Jumbo-Jet der Lufthansa wurde im Februar entführt und gegen 5 Millionen Dollar Lösegeld — gezahlt an eine obskure Untergrundbewegung in Nahost — freigegeben.

Inwieweit einige Nahost-Partisanen-Gruppierungen vom sowjetischen Geheimdienst KGB unterstützt werden, ist nicht bekannt. Sicher ist, daß sie vornehmlich mit sowjetischen Waffen — etwa dem Maschinenkarabiner „Kalaschnikow" — ausgerüstet sind. Einige deutsche Linksextremisten unterhalten jedoch erwiesenermaßen Kontakte zum palästinensischen Untergrund — so auch die Baader/Meinhof-Bande.

Doch selbst wenn die kriminelle Baader/Meinhof-Bande bald ausgehoben werden sollte, wird der schleichende Untergrundkampf konstant weitergehen — heimlich, konspirativ, zersetzend und vergiftend. Dieser getarnte Krieg in all seinen Formen ist der Bevölkerung viel zuwenig bekannt, und das macht ihn um so gefährlicher. Es ist ein Krieg ohne Panzerschlachten, Flugzeugangriffe und Seegefechte und läßt sich auch nicht mit den Waldkämpfen der Wehrmacht gegen sowjetische oder jugoslawische Partisanen vergleichen. Die leidvollen Kriegserfahrungen der älteren Generation hindern eher daran, das Wesen dieses Kampfes zu erkennen und zu begreifen.

„Ideologisch radioaktiver Brutkasten"

Bundesgrenzschutz und Bundeswehr nennen die neue Konfliktform den „verdeckten Kampf", Abwehrfachleute bezeichnen ihn als „Subversion", aber diejenigen, die Aggressionen dieser Art planen und führen, sprechen vom „revolutionären Befreiungskrieg" oder einfach von der „Revolution".

In seinem soeben erschienenen Buch „Rüstungswettlauf" schreibt der französische Militärschriftsteller Ferdinand Otto Miksche: „Denn während sich das Atompotential der Großmächte gegenseitig neutralisiert, entwickeln sich unter diesem ‚schützenden' Schirm in den verschiedenen Spannungsgebieten der Welt neue revolutionäre Kampfarten. Ihre Nuancen, die weniger mörderisch, aber weitaus heimtückischer sind, ähneln einem schleichenden Prozeß, der den in seiner passiven atomaren Abschreckung verfangenen Westen allmählich zu ersticken droht. Nichts deutet zur Stunde darauf hin, daß die Chancen für einen allgemeinen Frieden wachsen."

An mehr als zwanzig Stellen der Welt wird derzeit „subversiv" gekämpft, zum Beispiel in Guatemala, Panama, Kolumbien, Brasilien, Bolivien, Uruguay, Nordirland, in den portugiesischen Kolonien, an den Grenzen Israels, in Birma, Thailand, Indochina, auf den Philippinen und auf Borneo. Partisanen, Guerrilleros, Tupamaros verfolgen in jedem Land ihre Ziele auf andere Weise. In den USA hoffen die „Black Panthers" auf ihre Stunde. Die Bundesrepublik Deutschland aber wirkt wie ein „ideologisch radioaktiver Brutkasten" (Robert Held in der „FAZ", 31.12.71). Sie grenzt unmittelbar an den Sowjetblock. Die gemeinsame Sprache diesseits und jenseits der 1346 km langen Demarkationslinie begünstigt das Einschleusen und die Untergrunderbeit von Agitatoren, Saboteuren, Schweige- und Einflußagenten und von subversiven Kadern aus der „DDR".

Die Erfahrungen der jüngsten Geschichte zeigen, daß geteilte Staaten — was auch immer die Ursache ihrer Teilung gewesen sein mag — besonders stark durch kriegerische Konflikte bedroht sind. Korea, Vietnam, Palästina, Pakistan und Irland hatten oder haben noch Krieg oder bürgerkriegsähnliche Aufstände. Das einzige in relativem Frieden lebende geteilte Land ist Deutschland. Beide Hälften verdanken den labilen Nichtkriegszustand dem — in letzter Zeit zudem noch nach Osten hinneigenden — atomaren Gleichgewicht der USA und der Sowjetunion. Wesentlicher Bestandteil dieser kriegsverhindernden Balance ist die Nordatlantische Allianz.

Uniformen und Funkgeräte der Baader/Meinhof-Bande

Fotos: dpa, AP

Doch der dänische Vizeadmiral und NATO-Befehlshaber der Ostseeausgänge, Adam Helms, sagte im Januar: „In einer zum großen Teil durch die NATO-Allianz zuwege gebrachten Atmosphäre von Wohlergehen und Frieden neigen die Menschen dazu, den Grund für ihre relative Sicherheit zu vergessen, und sie vernachlässigen daher die Verteidigungsanstrengungen."

Warum manche Bürger der Bundesrepublik ihres Glaubens an einen fortdauernden Frieden so sicher sind, daß sie ihre Armee immer weiter abgerüstet sehen wollen, läßt sich vermuten: Unterschwellige und offene Agitation redet ihnen seit Jahren die Harmlosigkeit kommunistischer Staaten und Parteien ein, die ihrerseits nach Lenins Worten handeln: „Höchste Kriegskunst ist es, die feindliche Widerstandskraft ohne Kampf zu brechen."

Ferdinand Otto Miksche schreibt dazu in seinem neuen Buch: „Nicht ohne Erfolg spekulieren die geduldigeren Russen auf die Abnutzung der schwächeren Nerven ihrer westlichen Gegenspieler, eine Kunst, auf die sie sich verstehen ... Die schrittweisen Umwälzungen, zu denen dieser mehr oder weniger verschleierte Machtkampf fortdauernd führt, werden in ihrer Gesamtheit späteren Geschichtsschreibern als eine Weltrevolution erscheinen."

Doch sowenig es die „internationale Verschwörung des Weltjudentums" gab, an die Hitler glaubte, sowenig existiert eine geheimnisvolle Welt-Kommandozentrale, deren Befehlen jeder Stadtguerilla, Agitator, linksradikale Journalist, Rauschgifthändler und Porno-Verleger eilfertig und schweigend gehorcht.

Allein in der Bundesrepublik bestanden nach Angaben der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache VI/2074 vom 5.4.1971) vor einem Jahr 120 buntschillernde Gruppen und sektiererhafte Grüppchen der „Neuen Linken" mit rund 3300 Mitgliedern — zersplittert; aber aktiv. Dieser wirre Klüngel von Schwärmern, Utopisten und Fanatikern umfaßt nahezu alle roten Nuancierungen: Trotzkisten, Anarchisten, Castristen, Maoisten, die — untereinander oft zerstritten — sich gegenseitig als „ideologische Abweichler" beschimpfen.

In der Bundesrepublik und in anderen westlichen Staaten bereiten sie sich — in großsprecherischer Agitation manchmal nur, doch mitunter auch in Taten — auf „die Revolution" vor. So warnte im Januar der Generalbundesanwalt Ludwig Martin sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete vor linksradikalen Gruppen an der Freien Universität Berlin. Diese Gruppen, so sagte er, breiteten sich „metastasenartig" aus und warteten auf den Augenblick, in dem sie wie die Baader/Meinhof-Bande vorgehen könnten.

Doch diese — trotz ihrer Gegensätze pauschal die „Neue Linke" genannten Gruppen — stehen wiederum in erbittertem Streit mit den „orthodoxen" Kommunisten sowjetischer Prägung. Solche, den Außenstehenden oft unverständlich erscheinenden Auseinandersetzungen über ideologische Positionen sind, zumindest was Unduldsamkeit und Eifer betrifft, mit den Glaubenskämpfen des späten Mittelalters zu vergleichen, in mancher Hinsicht auch mit den Hexenverfolgungen: Unter dem Glauben wucherte Aberglauben — seinerzeit an vom Teufel besessene Hexen und heute an den Teufel, der angeblich den „Kapitalismus" beseelt. Und wie damals werden heute ins andere Lager überwechselnde Renegaten liebevoll als reuige Sünder aufgenommen: In Hamburg traten im März 1970 über 30 Mitglieder der APO-Kerntruppe „Sozialistischer Deutscher Studentenbund" (SDS) und der von ihm gegründeten Basisgruppen in die „Deutsche Kommunistische Partei" (DKP) über. Zahlreiche Übertritte erfolgten auch in anderen Bundesländern. Nach der Bundestagsdrucksache VI/2074 existierten im April 1971 etwa 130 orthodox-kommunistische, die politischen Ziele der Sowjetunion und der „DDR" unterstützende Organisationen im Bundesgebiet. Die geschätzte Mitgliederzahl: rund 81 000.

Die Zahl der „Sympathisanten" sowohl der „Neuen Linken" als auch der „orthodoxen" Kommunisten dürfte weit höher liegen — der Düsseldorfer Ruhland-Prozeß lieferte dafür Hinweise.

In der nächsten Folge:

Die antiautoritäre „Neue Linke"

Kopie aus dem Bundesarchiv

Zeitungsausschnittbüro Hermes 53 Bonn, Weberstr. 92 Tel. 22 68 22

Deutsche Wochenzeitung, Hannover 26. Mai 1972

Die Mörder sind unter uns

Die Linksradikalen greifen zur Gewalt

George Wallace (52), der mutige Gouverneur von Alabama, gewann immer mehr Sympathien in den von schweren Krisen erschütterten Vereinigten Staaten von Amerika. Als Präsidentschaftskandidat des rechten Flügels der Demokratischen Partei hatte er bei den Vorwahlen bis zu 68 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten. Er ließ seine linken Konkurrenten Humphrey und McGovern weit hinter sich. Dies ist vor allem deshalb so bedeutsam, weil Wallace sich der linksgedrallten Demokraten Partei, der politischen Heimat von Delano Roosevelt und John F. Kennedy, als Plattform für seinen Feldzug für Recht und Ordnung und Rassentrennung bedient.

Am 15. Mai versuchte der linksradikale Oberschüler Arthur Bremer im Laurel-Shopping-Center, der mitten in einer dichten jubelnden Menge an Wallace heranschlich, mit fünf Schnellfeuerpistolenschüssen die Entwicklung in der amerikanischen Politik zu stoppen. Der schwerverletzte Wallace wurde fünf Stunden lang operiert. Vier Kugeln konnten entfernt werden, die fünfte steckt zur Zeit noch neben der Wirbelsäule. Es besteht die Gefahr, daß George Wallace sein Leben lang an den Beinen gelähmt bleibt. Trotzdem erklärte der tapfere Vorkämpfer für ein besseres Amerika seiner Frau Cornelia, die während des Attentates nicht von der Seite ihres Mannes wich, er würde den Kampf um die Kandidatur, wenn nötig, auch vom Rollstuhl aus führen.

In den USA herrscht über dieses feige Attentat Sorge und Empörung. Der Mörder konnte nicht verhindern, daß sich in Michigan 51 Prozent der Wähler und Maryland mit 39 Prozent für George Wallace entschied. Auch hier schlug er seine linken Konkurrenten mit einem gewaltigen Vorsprung.

Die westdeutschen Gazetten zeigen im Gegensatz zu den amerikanischen unverhohlen ihre Befriedigung über den Mordanschlag ihres Gesinnungsgenossen Arthur Bremer, von dem man vorerst nur erfährt, daß er als Schüler ein Versager mit unterdurchschnittlichen Leistungen ist. Die westdeutschen Zeitungen faseln „Sturm gesät und Gewalt geerntet", weil Wallace es gewagt hatte, schon seit den sechziger Jahren für die Rassentrennung und gegen die gewaltsame Integration in den amerikanischen Schulen aufzutreten. Gleichzeitig wird mit Genugtuung vermerkt, daß nun George Wallace wohl nicht mehr in der Lage wäre, weiterhin in der Politik eine Rolle zu spielen. Wenn Wallace am Leben bleibt, werden sich die Schreibtischkomplizen des Genossen Bremer schwer irren!

Zur selben Zeit wird die Bundesrepublik von den westdeutschen Genossen Bremers durch Bombenanschläge erschüttert. Nach den Attentaten in Frankfurt, Augsburg, München und Karlsruhe wurden in der Bundesrepublik neue Bombendrohungen laut. Die Gemeingefährlichkeit dieser roten Politbanditen zeigt sich darin, daß in Frankfurt der US-Oberstleutnant Paul A. Bomquist zerrissen und in Karlsruhe Frau Gerda Buddenberg, die Frau des Bundesrichters Buddenberg, der die Ermittlungen gegen die Baader-Meinhof-Gruppe führte, verletzt wurde. Zur selben Zeit schwellen die Banküberfälle gigantisch an. Allein an einem einzigen Tag wurden in Ludwigshafen 250 000 Mark und in München 136 000 Mark geraubt.

Die Polizei, die die ganze Last dieser verzweifelten Lage tragen muß, ist nahezu ohnmächtig und hilflos. Die heuchlerische Entrüstung in den Massenmedien kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Journalistengenossen jahrelang dem Aufruhr und der Zersetzung das Wort geredet haben, ja durch ihre Darstellung die gewaltsame Entwicklung geradezu förderten.

Wenn nun Innenminister Genscher feststellt, daß sich diejenigen, die den Gewalttätern Unterstützung und Unterschlupf gewähren, mitschuldig machen, irrt er nicht. Doch: Warum wurden jene zahlreichen Linksintellektuellen, die im Prozeß gegen das geständige Mitglied der Baader-Meinhof-Bande, Karl-Heinz Ruhland, der Beihilfe zu schwersten Verbrechen überführt wurden, bisher weder angeklagt, noch wegen Verdunklungs- und Wiederholungsgefahr verhaftet?

Die starken Worte des Herrn Innenministers helfen nichts, wenn ihnen keine Taten folgen! Die Schreibtischtäter der Bombenmörder und Bankräuber sitzen, längst erkannt, an den deutschen Universitäten, in den Redaktionsstuben und Fernsehstudien. Und was geschieht? Sind denn die Sympathisanten der Anarcho-Kommunisten im Brandt-Regime tabu? Der Kölner Verfassungsschutz hat offensichtlich ohnedies keine Zeit, sich mit dieser brennenden Problematik zu befassen. Für ihn ist es wichtiger, seine Zeit und seine Agenten auf das kleine nationale Lager zu verschwenden. Der V-Mann Helmut Krahberg wurde vom Verfassungsschutz in die NPD und in eine problematische „Europäische Befreiungsfront" als Scharfmacher und Agent-Provokateur in einer Zeit eingeschmuggelt, in der die Roten zum Sturm gegen die Staatsautorität und den demokratischen Rechtsstaat antraten. Wenn die Dinge im Verfassungsschutz so gehandhabt werden, dann darf man sich nicht wundern, wenn zur Überwachung der roten Mordgenossen keine Kräfte frei sind.

Gouverneur George Wallace

Eine beklemmende Tatsache: Die roten Mörder sind mitten unter uns. Schon morgen können sie aufs neue zuschlagen. Dank der weichen Haltung der liberalisierten Justiz, der Unfähigkeit der Bundesregierung, der Forderung durch die Linksintellektuellen und der Linkslastigkeit des Kölner Verfassungsschutzes, werden sie so bald nicht behelligt werden.

ERICH KERN

Kopie aus dem Bundesarchiv